

# nachrichten

Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, die sich zuvor vehement gegen die Todesstrafe aussprach, hat im Dezember 2003 das nun fast vier Jahre

während Moratorium auf die Todesstrafe aufgehoben. Grund dafür waren immer lauter werdende Stimmen aus der Bevölkerung, die dagegen protestierten, dass der Staat das wachsende Law-and-Order-Problem nicht in den Griff bekomme. Vor allem von Seiten der chinesisch-philippinischen (Chinoy) Gemeinde, deren Mitglieder immer häufiger Opfer von Entführungen wurden, ging ein enormer Druck auf die Präsidentin aus. Die öffentliche Debatte spitzte sich zu, als klar wurde,

## Moratorium der Todesstrafe aufgehoben

dass die beiden wegen Kidnappings schon 1999 zum Tode Verurteilten Roberto Lara und Roderick Licayan am 30. Januar 2004 hingerichtet werden sollten. Aufgrund der Kritik von der katholischen Kirche, Pro-Life-Gruppen und der internationalen Öffentlichkeit (vor allem EU und USA), entschied das Oberste Gericht der Philippinen am 26. Januar zunächst eine Verschiebung der Hinrichtung um 30 Tage. Am 19. Februar wurde der Fall zur Revision an den Marikina Regional Trial Court zurückver-

wiesen. Diese Entscheidung war unter anderem eine Reaktion auf die Petition des Public Attorney's Office, das darauf verwies, dass Indizien vorhanden seien, die für die Unschuld der beiden Verurteilten sprächen. Kritiker der Präsidentin sehen die Aufhebung des Moratoriums als eine Maßnahme, sich die Stimmen der einflussreichen Chinoy-Gemeinde für die Wahlen im Mai dieses Jahres zu sichern.

Vgl. *Business World*, 29.01.04; *Manila Times*, 20.02.04; *PDI*, 10.12.03

## Arroyo oder Poe?

Nach einer Umfrage der Social Weather Station vom 16. bis 22. Januar 2004 liegt Fernando Poe Junior mit 36 Prozent neun Prozentpunkte vor Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, die von 27 Prozent der Befragten unterstützt wird. Den übrigen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl werden kaum noch Chancen eingeräumt: Raul Roco favorisierten 19 Prozent, Lacson 11 Prozent und Villanueva nur ein Prozent der Befragten. Experten sind der Meinung, Arroyo sollte Roco davon überzeugen, seine Kandidatur zurückzuziehen, damit Poe als Präsident verhindert werden kann. Es

gebe Hinweise, die dafür sprechen, dass die Stimmen Rocos der derzeitigen Präsidentin zugute kommen würden, würde dieser von der Kandidatur zurücktreten. Poe liegt zwar im Moment vorne, ist laut Monsod, dem ehemaligen Minister für sozio-ökonomische Planung, aber nicht unschlagbar. Was eine erneute Präsidentschaft Arroyos unwahrscheinlich macht, ist, dass bei der Umfrage 73 Prozent der Befragten einen Regierungswechsel favorisieren.

Vgl. *PDI*, 31.01.04

## Kandidatur von Poe illegitim?

Am 17. Februar 2004 musste die Polizei Tausende von Anhängern von Fernando Poe Jr. zurückdrängen, die das Oberste Gericht stürmen wollten. Dies war ein Vorgeschmack dafür, was hätte passieren können, wenn das Oberste Gericht die Kandidatur Poes als verfassungswidrig erklärt hätte. Laut philippinischer Verfassung dürfen nur gebürtige Filipinos für das Amt des Präsidenten kandidieren. Poe ist der uneheliche Sohn von Fernando Poe Sr. und Bessie Kelly, einer Amerikanerin. Seine Eltern heirateten erst ein Jahr nach der Geburt ihres Sohnes. Da ein unehelicher Sohn für gewöhnlich die Nationalität seiner Mutter annimmt, wäre Poe Jr. in diesem

Falle Amerikaner und nicht berechtigt, für die Präsidentschaftswahl anzutreten. Poe ist ungeachtet seiner politischen Inkompetenz der Hoffungsträger der armen Bevölkerung, die fast 90 % der Wahlberechtigten ausmacht. Am 3. März entschied das Gericht schließlich, dass Poe als natural born Filipino gilt. Dieses Urteil verhinderte möglicherweise eine Wiederauflage von EDSA III. Im Mai 2001 hatten Hunderttausende von Menschen gerade aus dem Slums von Manila den Präsidentenpalast belagert, nachdem Ex-Präsident Estrada — übrigens ein enger Freund und Gönner von Poe — verhaftet wurde.

vgl. *Manila Times*, 20.02., *PDI* 5.3.04

## Poe verantwortlich für Peso-Verfall?

Nach einem gescheiterten Militärputsch und anhaltenden politischen Unruhen fiel der philippinische Peso 2003 um 3,5 Prozent auf 55,5 Pesos je US-Dollar. Anfang Februar lag der Kurs sogar bei 56,2 Pesos. Wirtschaftsexperten sehen den Grund für den Abwärtskurs der Währung in den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten. Auf ökonomischer Seite sorgen ein Haushaltsdefizit von 198,7 Milliarden Pesos (28 Millionen Euro) im Jahr 2003 und Auslandsschulden in Höhe von 56,3 Milliarden US-Dollar für Besorgnis bei Investoren und Geschäftsleuten. Diese wird auf der politischen Seite durch die Möglichkeit verstärkt, dass Fernan-

do Poe Jr. im Mai bei den Präsidentschaftswahlen gewinnen könnte. Die Aussicht auf einen Präsidenten, der jeglicher politischer und wirtschaftspolitischer Erfahrung entbehrt, ist ein Desaster für die ökonomische Lage des Landes. Sowohl der Kurs des Peso als auch die Börsenkurse spiegeln die Angst der Geschäftswelt vor einer Präsidentschaft Poes wieder: Sie fallen im gleichen Ausmaß, in dem Umfragen zufolge Poes politische Chancen steigen.

Vgl. *PDI*, 16.12.03 und 07.02.04; *United Press International*, 02.02.04

Im Rahmen der viertägigen Friedensverhandlungen zwischen Vertretern der philippinischen Regierung und führenden Mitgliedern der kommunistischen National Democratic Front (NDF) in Oslo forderte Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo die Rebellen unter anderem auf, die Eintreibung von »Abgaben« einzustellen, die diese für die Erlaubnis (PTC: Permit-to-Campaign), in von ihnen kontrollierten Gebieten Wahlkampf zu betreiben, erheben. Im »Oslo Joint Statement«, das Ergebnis der Osloer Gespräche war, ist jedoch keine Vereinbarung zu diesem Thema enthalten. Laut Grego-

rio »Ka Roger« Rosal, Sprecher der Communist Party of the Philippines (CPP), die eng mit der NDF kooperiert, kommen die PTC-Gebühren dem Volk zugute und sind daher legitim. Die radikaldemokratische Parteiliste Akbayan hält die PTCs für eine grobe Verletzung des Wahlrechts, vergleicht sie mit Schutzgelderpressungen und spricht von Mafiamedethoden. Etta Rosales, Abgeordnete von Akbayan, hat im Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Erhebung der PTCs unter Strafe stellen soll.

Vgl. *PDI*, 15.12.03 und 16.02.2004; *Manila Times*, 22.02.2004

## Computerisierung der Wahlen

Das Oberste Gericht hat einen Vertrag der Nationalen Wahlbehörde Commission on Elections (Comelec) mit dem privaten Mega Pacific Consortium für ungültig erklärt. Der Vertrag hatte vorgesehen, dass das Konsortium Maschinen zur automatischen Auszählung der Wählerstimmen und Formulare für die Wahl im Mai dieses Jahres zur Verfügung stellt. Mit dem modernen System sollte der neue Präsident innerhalb von 30 Stunden festgestellt

werden können, anstatt erst nach mehreren Tagen oder Wochen, wie das bislang bei den stets von Hand ausgezählten Wahlen der Fall war. Die Computerisierung sollte auch eine Maßnahme gegen Wahlbetrug sein: Die Software sollte in der Lage sein, einmal eingegebene Stimmzettel wiederzuerkennen und so eine erneute Eingabe verhindern. Im Zusammenhang mit dem Evaluationsbericht des Ministeriums für Wissenschaft und Technik

gelangten Informationen über Unregelmäßigkeiten bei Zählmaschinen und Software an die Öffentlichkeit. Der unabhängigen Wahlüberwachungsbewegung National Movement for Free Elections (NAMFREL) zufolge hat die »Comelec ihre Glaubwürdigkeit durch dieses Projekt in Frage gestellt«, da der Bericht des Ministeriums für Wissenschaft und Technik schon vorlag, als die Comelec den Vertrag unterschrieb.

Vgl. Manila Times, 14.01.2004

# nachrichten

## Bergbaugesetz verfassungswidrig

Das Oberste Gericht erklärte am 29. Januar 2004 Teile des Bergbaugesetzes der Philippinen (Philippine Mining Act of 1995) als verfassungswidrig. Laut Verfassung von 1987 sind alle natürlichen Ressourcen wie öffentliches Land, Wasser, Minerale und Mineralöle, alle potenziellen Energiequellen, Flora und Fauna etc. Eigentum des Staates. Erschließung und Nutzung der Ressourcen soll unter der Kontrolle des Staates stattfinden. Das Bergbaugesetz verstößt gegen die Verfassung, da es im Rahmen sogenannter Abkommen über finanzielle und technische Hilfe bei Bergbauprojekten mit Investitionen über 50 Millionen Dollar eine ausländische Beteiligung von 100 Prozent erlaubt. Im Februar 1997 hatte eine Gruppe von NGOs einen Fall vor das Oberste Gericht gebracht, der die Verfassungskonformität des Bergbaugesetzes in Frage stellte. Die Kritik der Umwelt- und Sozialaktivist/innen war die Reaktion auf

eine Serie von Umweltkatastrophen, die durch Bergbauaktivitäten ausgelöst worden waren. Die darauf folgenden anhaltenden Unsicherheiten bezüglich der rechtlichen Bestimmungen hielten das Ausmaß der Investitionen in diesem Sektor gering. Besorgte Stimmen aus der Bergbaubranche erwarten als Antwort auf die Entscheidung des Obersten Gerichts negative wirtschaftliche Folgen sowohl für den Bergbausektor als auch für die Gesamtwirtschaft des Landes. Präsidentin Arroyo hatte noch Anfang Januar die Wiederbelebung des Bergbausektors mit staatlicher Unterstützung versprochen. Auch nach der Entscheidung des Obersten Gerichts hielt sie an diesem Versprechen fest und betonte, dass die Regierung die Bergbauindustrie aktiv unterstützen werde.

Vgl. Business World, 30.01.2004;  
PDI, 17.02.2004

## Robot nicht an Deutschland ausgeliefert

Malacanang hat die Aufforderung eines deutschen Gerichts abgewiesen, Galib Andang, der als einer der »Top-Leader« der islamistischen Gruppierung Abu Sayyaf gilt, an Deutschland auszuliefern. Laut Regierungssprecher Ingacio Bunye besteht kein Auslieferungsvertrag zwischen den beiden Ländern. Die Philippinen versicherten jedoch, jegliche geheimdienstliche Informationen über den als »Commander Robot« bekannten Terroristen an Deutschland weiterzugeben. Robot wird verdächtigt, die Entführung von

21 überwiegend europäischen Geiseln (darunter die deutsche Familie Wallert) aus einem malaysischen Urlaubsort im Jahr 2000 angeführt zu haben. Die Geiseln waren mehrere Monate in den Händen von Abu Sayyaf. Das deutsche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« berichtete, dass ein Göttinger Gericht Andang für seine Rolle bei der Entführung der Familie Wallert verurteilen wolle. Das Außenministerium in Berlin konnte diese Information jedoch nicht bestätigen.

Vgl. PDI, 18.12.03

— Anzeige —

## Außenminister Ople gestorben

Der philippinische Außenminister Blas F. Ople ist am 14. Dezember 2003 in Taiwan an einem Herzinfarkt gestorben. Ople hatte Präsidentin Arroyo zum ASEAN-Japan-Gipfel begleitet und befand sich auf dem Flug von Tokyo nach Bangkok. Er verlor an Bord des

Flugzeuges der Asia Airways das Bewusstsein und erlag nach einer Notfalllandung den Folgen eines Herzinfarkts. Ople war unter Marcos Arbeitsminister.

Vgl. PDI, 15.12.03



**philippinen aktuell**

**IMMER AUF DEM LAUFENDEN**  
mit dem Nachrichtenüberblick  
**philippinen aktuell**  
Thematisch sortiert und original aus philippinischen Tageszeitungen. Jeden Monat die neuesten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Ihrem Briefkasten.

Ich möchte **philippinen aktuell** regelmäßig beziehen: **Name und Adresse:** \_\_\_\_\_

Jahresabo E-Mail kostenlos\*  
 Jahresabonnement € 32,-  
 Halbjahresabonnement € 17,-

Das Abo verlängert sich automatisch um den Bestellzeitraum, wenn es nicht eine Woche nach Erhalt der letzten Ausgabe gekündigt wird.

Ich möchte **philippinen aktuell** testen: **Datum, Unterschrift** \_\_\_\_\_

Blind-Date-Abo (1 Ausg.) € 2,50

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Dem Ansichtsexemplar wird ein Bestellschein beigelegt, der im günstigsten Falle ausgefüllt und unterschrieben an das philippinenbüro zurückgeschickt werden kann. Wir bitten, dieser Bestellung € 2,50 in Briefmarken beizulegen.

\* Sie können den Nachrichtenüberblick kostenlos als PDF-Datei erhalten. Bestellen Sie einfach unter <http://www.asienhaus.de/bueros/pb/philippinen-aktuell.htm>.

**Den Bestellabschnitt bitte senden an:**  
**philippinenbüro e.V.**  
**Bulmannstraße 11**  
**45327 Essen**  
**Tel. 0201/8303828**  
**Fax: 0201/8303830**